

ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ April 2020

70 Jahre Christlich-Jüdischer Dialog am 24. November 2019

Erstmalige Verleihung der Jeanette- Wolff-Medaille an den Zeitzeugen

Walter Sylten

Von Gesine Kölbel



2. v r.: Walter Sylten, Foto: Gesine Kölbel

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ), beging diese am Jubiläumstage, dem 24. November 2019, einen würdigen Festakt im Roten Rathaus Berlin.

Die Veranstaltung wurde vom katholischen Vorsitzenden der GCJZ Berlin eröffnet. Weitere Grußworte sprachen der Bürgermeister und Senator für Kultur Dr. Klaus Lederer, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau, der Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Christian Stäblein und der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Dr. Gideon Joffe. Die wundervolle musikalische

Umrahmung der Veranstaltung gestaltete das Jossif Gofenberg Ensemble.

Ein von Michael Brinkhoff moderiertes Podiumsgespräch zwischen dem evangelischen Vorsitzenden der GCJZ Berlin Ulrich Schürmann und der Jüdischen Vorsitzenden der

GCJZ Berlin Jael Botsch-Fitterling, bereicherte zudem die Veranstaltung. Für einen Festvortrag konnte Pater Dr. Nikodemus C. Schnabel OSB, Dormitio-Abtei Jerusalem, gewonnen werden.

Ein jeder der Beiträge war (bei unterschiedlicher Fokussierung) geprägt von Appellen zum Kampf gegen Antisemitismus, von historischen und aktuellen zeitgeschichtlichen Bezügen, von der Hoffnung auf Frieden und der Anerkennung der Stärke aufrechter Menschen, aber auch dem Anprangern populistischer Hasstiraden und dem Wunsch nach dem Miteinander aller Religionen. Und ich möchte ergänzen, auch des Dialogs der Religionen mit denen, die keinen Gott den ihren nennen.

Aus allen Beiträgen ging die besondere Anerkennung der Leistungen der GCJZ hervor.

Es wurde betont, dass in den 70 Jahren vieles erreicht werden konnte, aber ebenso,

Inhalt	
Kölbel: 70 Jahre christl.-jüd. Dialog	1
Splettstöhser: Dr. med. Rauhut	3
Schröder: Mitgefühl	4
Krause: HALBKREIS – G. Toepfer	6
Krause: HALBKREIS – E.-M. Korte	7
Ehmann: Gedenkstele	9
Mitgliederversammlung	10
Der Vorstand der Zeitzeugenbörse	11
Suchmeldungen	11
Gratulationen	12
Tool für ein Podcast	12

dass regelmäßige Berichterstattungen über antisemitische Handlungen und Äußerungen uns mahnen, auch in Zukunft Anstrengungen zu unternehmen, immer wieder den Dialog zu suchen. Nur wer den Dialog pflegt, in der historischen Aufarbeitung ebenso wie zum aktuellen Zeitgeschehen, vermag es, Lehren der Geschichte zu vermitteln, Antisemitismus die Stirn zu bieten und die Erinnerung „an die unfassbaren Schrecken des Holocaust“ (Dr. Klaus Lederer) wach zu halten. Dies sei umso erforderlicher, als dass „vormals rechte Einstellungen inzwischen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft“ kämen. Außerdem nähme „die Akzeptanz von Gewalt als Politikersatz“ zu (Petra Pau). An anderer Stelle mahnte Bernd Streich, dass wir „eine schweigende Mitte der Gesellschaft“ nicht brauchen, so ließe sich dem wachsenden Antisemitismus nicht wirkungsvoll begegnen. Und Bischof Christian Stäblein betonte, gerade in Zeiten wie den heutigen sei die GCJZ mehr denn je von Nöten, „zur Bildung und Begegnung, zum resoluten Eintreten gegen Antisemitismus und zum Gewinn gelingenden Miteinanders.“ Pater Nikodemus unterstrich zudem eindringlich, dass der wiedererstarkende Antisemitismus nicht allein politisch bekämpft werden könne. Politische Signale seien zwar wichtig, u.a. auch, um auf Grenzen der Meinungsfreiheit hinzuweisen, doch vielmehr sei insbesondere die Zivilgesellschaft gefragt, „die Arena des Meinungsaustausches“, die „ein klares offenes Wort“ gegen Antisemitismus erfordere. Zudem hob er hervor, dass auch Muslime als neue Dialogpartner zu begrüßen sind.

Die Festveranstaltung fand Ihren Höhepunkt in der erstmaligen Verleihung der Jeanette-Wolff-Medaille für besondere Verdienste im Christlich-Jüdischen Dialog.

„Diese Sonderehrung soll zukünftig für Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen ausgelobt werden, die sich mit besonderem Engagement gegen Antisemitismus und für Toleranz und Förderung des Christlich-Jüdischen Dialogs einsetzen.“ (aus der Ansprache). Jeanette Wolff, die Namensgeberin der Ehrung, war u.a. Mitbegründerin der GCJZ

und nach den Worten Heinz Galinskis „eine der größten jüdischen Frauengestalten des vorigen Jahrhunderts“.

Ich freue mich ganz besonders, dass die Ehre dieser Würdigung Walter Sylten „für seinen mehr als 70jährigen Kampf gegen Antisemitismus, für Aussöhnung mit den jüdischen Mitbürgern und Hilfe der vom Nationalsozialismus Verfolgten“ zu Teil wird. In der Ansprache zur Preisverleihung wird insbesondere hervorgehoben, dass er ehrenamtlich 70 Jahre als Zeitzeuge aktiv war, Probst Grüber zur Seite stand, als dieser nach 1945 die evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte wieder aufbaute, dieser Hilfsstelle lange Jahre als Vorsitzender vorstand und heute ihr Ehrenvorsitzender ist, seit Jahrzehnten u.a. auch als (nunmehr ehemaliges) Mitglied des Kuratoriums der GCJZ verbunden ist, Mitbegründer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft war und viele Jahre der Synode der Landeskirche angehörte. Es wurde zudem darauf verwiesen, dass ihm zu Ehren bereits zu seinem 80. Geburtstag eine Festschrift mit dem Titel „Streiter für die Rechte der Verfolgten der Nazidiktatur“ verfasst wurde. Die Preisverleihung schloss mit den Worten: „Lieber Walter Sylten, der Christlich-Jüdische Dialog hat Ihnen unendlich viel zu verdanken, ebenso wie unsere Gesellschaft, die Sie in so besonderer Weise beschützt haben.“ Die Freude über diese Anerkennung teilten mit seiner Familie ausweislich des tosenden Beifalls auch alle Anwesenden.

Im Anschluss an die Veranstaltung bestand im Foyer des Saales bei einem Glas Wein, Wasser oder Saft Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch, der sehr rege genutzt wurde.

Insgesamt fand ich in der Veranstaltung einen sehr würdigen Festakt, der es verstand, leise Töne der Nachdenklichkeit, starke mahnende Worte, Kritik und Anerkennung miteinander zu verbinden und der die Wachsamkeit eines und einer Jeden eindringlich einforderte. Und ja, die Zivilgesellschaft muss Courage zeigen, muss Stellung beziehen in den

kleinen, aber oft wirkungsvollen Momenten des Alltags.

Dr. med. Rauhut – ein Dissident war ich nie!

Von Jens Splettstöhser



Dr. Rauhut

Foto: Dagmar Behrendt

Nicht nur lebhaft, gar turbulent ging es an diesem Donnerstag, den 30. Januar, in der Landeszentrale für politische Bildung zu.

Wie schon der Titel vermuten ließ, ging es mal wieder um ein Leben in und mit der DDR. Kein Flüchtling, kein Stasiopfer berichtete über seine persönlichen Erfahrungen mit dem System, sondern jemand, der bis heute zu den Idealen des Sozialismus steht und sich in der DDR bis zuletzt daran versuchte mitzuwirken, Fehlentwicklungen zu thematisieren und Reformideen einzubringen.

Grund genug, schon während seines Vortrages heftigen Widerspruch aus Teilen des Auditoriums zu ernten, insbesondere von Seiten derer, die unter dem SED-Regime gelitten hatten. Seinen Werdegang und die prägenden Erlebnisse in der DDR schilderte Dr. Rauhut wie folgt:

1941 in Rostock geboren und durch einen Bombenangriff seiner Wohnstatt beraubt, verlässt Frank Rauhut mit seiner Familie Rostock in Richtung des ehemaligen „Warthegau“. Gegen Kriegsende, als die

Front immer näher rückt, zieht man schon bald zurück in den Norden Deutschlands zum Großvater mütterlicherseits nach Schwerin.

Als Kind erlebt er hier den Einmarsch der Amerikaner und sieht zum ersten Mal in seinem Leben dunkelhäutige Menschen, bevor ein Gebietsaustausch dazu führt, dass Schwerin der sowjetischen Besatzungszone zugeordnet wird.

Noch während der Vater in Kriegsgefangenschaft weilt, lässt die Mutter sich scheiden, engagiert sich für die Ideen des Kommunismus und wird Mitglied der SED. Auch das Kind wird recht schnell in politische Diskussionen einbezogen, glaubt an die angestrebten Ideale, erfährt aber auch, dass es sehr viel Kritik an der Umsetzung der neuen Staatsideologie gibt.

Der 17. Juni 1953, die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes und später auch der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei werden als Fehlentwicklungen erkannt und führen dazu, dass im Hause Rauhut der Grundsatz „Die Partei hat immer recht“ stark angezweifelt wird, ohne dass dadurch die grundsätzlich positive Einstellung zum Sozialismus schwindet.

Da die Mutter an der Humboldt-Universität Kunstgeschichte studiert, zieht die Familie nun in die Hauptstadt, und Frank Rauhut besucht das Rummelsburger Kant Gymnasium bis zum Abitur. Eine schöne Schulzeit sei das gewesen, berichtet er und erntet damit heftigen Widerspruch seitens derer, die in der DDR unter Drangsalierungen, Ungerechtigkeiten und mangelnder Chancengleichheit zu leiden hatten.

Das anschließende Medizinstudium, ebenfalls an der Humboldt-Uni, führt zur Begegnung mit Prof. Dr. Robert Havemann, der dort physikalische Chemie lehrt und in seinen Vorlesungen häufig Kritik an der Politik der SED und der Entwicklung der DDR übt.

Auch Rauhut teilt diese kritische Haltung und als unter Vorsitz des Parteideologen Kurt

Hager eine außerordentliche Parteiversammlung zu einem Antrag auf Vorlesungsverbot stattfindet, stimmt er nicht mit ja und stellt sich damit gegen die Parteiführung.

Über mehrere Instanzen geht das daraufhin gegen ihn angestrebte Verfahren, endet aber letztlich statt der angestrebten Rüge mit einer Einstellung, da die Partei-Grundorganisation die Kritik an Herrn Rauhut nicht teilte.

Nach Beendigung des Studiums findet Dr. Rauhut eine Anstellung in einer Poliklinik in Königs-Wusterhausen und entwickelt sich zu einem ausgewiesenen Spezialisten für Handchirurgie. In der Wendezeit wird er Mitbegründer des Neuen Forums in KW und muss erfahren, dass auch die nach dem Honecker-Sturz sich als „Reformer“ darstellenden Protagonisten Egon Krenz und Günter Schabowski althergebrachten Verhaltensmustern folgen und trickreich Neuwahlen des Parteivorstandes (zunächst) verhindern können.

Trotz aller Kritik an den Fehlentwicklungen, bis hin zu Menschenrechtsverletzungen im Namen der Partei, zieht Dr. Rauhut für „sein“ Leben in der DDR eine überwiegend positive Bilanz.

Klar dass das, wie eingangs beschrieben, bei einigen Zuhörern auf heftigen Widerspruch stieß und sehr emotionale Reaktionen hervorrief.

Unserem langjährigen Zeitzeugen Meinhard Schröder ist es zu verdanken, dass die Wogen geglättet werden konnten. Eindrucksvoll erinnerte er das kritische Publikum daran, dass Zeitzeugenschaft bedeutet, historisch relevante Geschehnisse aus einer ganz persönlichen Sicht mit eigenen Erlebnissen zu schildern und zu bewerten. Die Akzeptanz anderer Lebenserfahrungen und die Toleranz anderer Sichtweisen und Schlussfolgerungen gehören mit dazu. „In diesem Prozess der gegenseitigen Akzeptanz waren wir schon einmal weiter“, hielt er den allzu emotional auftretenden Kritikern unter den Zuhörern entgegen und schaffte es dadurch, die Diskussion wieder zu versachlichen.

Letztlich war es aber Dr. Rauhut, der auf die Kritik stets verständnisvoll und gelassen reagierte und dem es durch seine ehrliche und durchweg sympathische Art gelang, alle Teilnehmer mit einem positiven Gefühl nach Hause gehen zu lassen.

Wir danken ihm dafür und heißen ihn in der Zeitzeugenbörse herzlich willkommen!

Mitgefühl – Ein Systemvergleich Von Meinhard Schröder

Es war in meiner Grundschulzeit während der Fünfzigerjahre in der DDR. Ich war stolz darauf, ein guter Schüler zu sein, glänzte mit guten Noten. Ja, mein Ehrgeiz ging so weit, dass ich auf jeden Fall eine nur mittlere Note im Fach Sport vermeiden wollte. So ließ ich mich aufgrund meines Bronchialasthmas vom Leistungssport befreien. Ein sauberes Abschlusszeugnis also ohne die befürchtete „3“ im Fach Sport.

Auch räumte ich immer mal wieder eine Auszeichnung ab – als „sehr guter Schüler“ oder „für herausragende Leistungen“. Ich nahm das als selbstverständlich an, denn es stand mir als gutem Schüler zu, wie ich meinte. Über meine Klassenkameradinnen und Klassenkameraden, die mit ihren schulischen Leistungen zu kämpfen hatten, machte ich mir keine Gedanken. Nur einmal fiel ich unangenehm auf, als ich meinen Nachbarn bei einer Klassenarbeit abschreiben ließ. Dafür erhielt ich einen Tadel. Aber das störte mich nicht.

Monatlich versammelte sich die gesamte Schülerschaft in der Aula. Bei dieser „Vollversammlung“ wurde auch regelmäßig „der schlechteste Schüler des Monats“ vorgestellt – mit seinem ganzen Sündenregister. Er oder sie stand dann am Pranger, vor der gesamten Schule. Mich beeindruckte das nicht; ich war ja nicht betroffen. Ich war ein guter Schüler, mir konnte das nicht passieren, dachte ich. Bis ich eines Tages in der Aula aufgerufen wurde. Ich konnte es nicht fassen: Ich – der schlechteste Schüler des Monats?

Ja, es gab einen wunden Punkt: Auf dem Nachhauseweg hatte ich gelegentlich meinen Frust an einem anderen, schwächeren Schüler ausgelassen. Normalerweise galt ich als Opfer, körperlich eher etwas schwächlich, daher bei Prügeleien unterlegen. Hatte ich das eigene Unterlegenheitsgefühl gegenüber den meisten Klassenkameraden kompensieren wollen, indem ich meinerseits einen Schwächeren quälte?

Aber niemand hatte mit mir darüber gesprochen, um mein kritikwürdiges Verhalten zu ändern. Stattdessen wurde ich an den Pranger gestellt. Es ging nicht in erster Linie um den Schutz des Schwächeren, um die Verbesserung des sozialen Klimas in der Klasse, sondern um die Bloßstellung meiner Person. Mitleid konnte ich von niemandem erwarten. Solange ich mich unantastbar, als guter Schüler irgendwie privilegiert fühlte, solange hatte ich auch mit keinem „schlechten Schüler des Monats“ Mitleid empfunden. Selber schuld, war wohl mein uneingestandenes Gefühl gegenüber den Angeklagten.

Erst sehr viel später begriff ich, dass solche Maßnahmen zum Instrumentarium der DDR-Pädagogik gehörten. Ständig arbeitete sie mit Lob und Tadel, mit Anreiz und mit Verurteilung. Ständig wurden die Leistungen benotet, in jeder Stunde musste ich den Stoff der letzten Stunde wiedergeben können, um eine passable mündliche Note zu erhalten. Hinzu kam das Ritual von Kritik und Selbstkritik in der FDJ-Gruppe (FDJ = Freie Deutsche Jugend, einzige offiziell zugelassene Jugendorganisation in der DDR). Bei all diesen Mitteln ging es darum, die Ecken und Kanten des Individuums abzuschleifen, eine sozialistische Persönlichkeit im Sinne der Staatspartei zu formen. Individualismus galt als Schimpfwort, gern verstärkt durch das Adjektiv „bürgerlich“. Mit dem Vorwurf „bürgerlicher Individualismus“ konnte einem jede persönliche Neigung ausgetrieben werden.

Als ich nach der Flucht der Familie in den freien Westen gelangt war, glaubte ich, solchen Methoden entronnen zu sein. Was zunächst auch so aussah. Aber dann hatte ich

während der Klassenarbeit in Mathe einen schlechten Tag und handelte mir zum ersten Mal in meiner Schullaufbahn eine Fünf ein. Ich war niedergeschlagen. Wie hatte mir das passieren können?

In der nächsten Stunde fühlte mir unser Mathelehrer auf den Zahn. Da ich auch bei ihm bisher als guter Schüler gegolten hatte, war ich bislang von überraschenden Fragen im Unterricht verschont geblieben: Ich würde die Antwort ohnehin wissen, war seine Haltung mir gegenüber. Nun aber der unerwartete Test. Durch die Fünf ohnehin angeschlagen reagierte ich verwirrt. „An die Tafel!“, kommandierte mich unser Klassenlehrer. Gekicher. Jeder in unserer Jungenklasse wusste, was nun kam. Wer nicht absolut perfekt vorbereitet war und den Stoff beherrschte, wurde an der Tafel – vor der ganzen Klasse – nervös. Und schon verhaspelte man sich beim Rechenweg. „Rechts raus!“, folgte das nächste demütigende Kommando. „Wieviel ist 3 mal 7? Schriftlich!“ Fast jedem ging es so, dass er nach dem Kommando „Rechts raus!“ nicht mehr 3 und 7 multiplizieren konnte. Man war blamiert. Das war die Absicht des Lehrers. Wahrscheinlich hoffte er, uns durch Blamieren zu gründlichem Lernen zu bewegen. Es führte nur zu einer Blockade und zur Furcht vor dem Mathe-Unterricht. Durfte derjenige, der an der Tafel stand, auf das Mitleid der Klassenkameraden hoffen? Nein. Jeder war froh, nicht selbst nach vorn gerufen, heute mal nicht blamiert worden zu sein. Und gab sich dem Gelächter über den armen Verwirrten an der Tafel hin. – Ein perfides Spiel des Lehrers mit der Methode der Bloßstellung, ja der zeitweiligen Ausgrenzung. Es gehörte zum Arsenal der „schwarzen Pädagogik“. Glücklicherweise war dieses Arsenal nicht im Schulgesetz oder in Lehrplänen verankert, also nicht staatlich verordnet, gehörte also nicht systematisch zu den Unterrichts- und Erziehungszielen. Aber es war ein Relikt der Nazi- und schon davor der Kaiser-Zeit.

Nirgends hatte in der Bundesrepublik Deutschland eine systematische Auseinandersetzung mit der autoritären Pädagogik

stattgefunden. Kern der Pädagogik im Nationalsozialismus, wie auch der gesamten Innenpolitik, war die Auslöschung jeden Mitleids mit, jeden Einfühlens in Schwächere, Andersartige, Abweichende. Unbarmherzig musste der innere Feind oder der Volksschädling ausgemerzt, vernichtet werden. Mitleid und Einfühlungsvermögen standen diesem Ziel im Weg. Einem ganzen Volk wurden diese natürlichen Empfindungen ausgetrieben. So konnte es passieren, dass auch nach dem Krieg noch eine Mutter ihren Sohn mit einer siebensträhnigen Lederpeitsche schlug, „erzog“. Man konnte sogar auf das biblische „Wer sein Kind liebt, der züchtigt es“ zurückgreifen. Aber im Kern ging es um die Abstumpfung von Gefühlen wie Schmerz und Mitgefühl, um Härte, um nationalsozialistische Härte: „hart wie Kruppstahl“, selbst nach dem Ende des Regimes noch. In den Heimen konnte solcherart „Erziehung“ zunächst ungebremst überleben. Es bedurfte auch des Angriffs der Studentenrevolte auf die „autoritäre Erziehung“, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen.

Vom Kriegsflüchtling zum Ritter Von Stefanie Krause

Herr Toepfer, Jahrgang 1941, stellte sich den ca. 20 Zuschauern im „Halbkreis“ der Zeitzeugenbörse am 13.2.2020 mit einem Abschnitt aus seinem Leben (1961/1962) und einem Zeitzeugnis über die DDR-Diktatur vor.

Bevor er seine Erfahrungen in der DDR-Diktatur beschrieb, schilderte er dem gespannten Publikum seine öffentliche Würdigung mit dem Ritterschlag durch die litauische Staatspräsidentin. Diese Ehrung wurde ihm zuteil, da er sich seit 25 Jahren in Litauen für die sog. Wolfskinder und deren Zusammenführung mit ihren Geschwistern einsetzt und sich weitere Verdienste um das litauische Volk und den litauischen Staat erwarb.

Dem Schicksal der Wolfskinder entging er weil seine Mutter eine Evakuierung nach den

schrecklichen Bombenangriffen auf Magdeburg nach Ostpreußen ablehnte und mit ihm und einem Handwagen in die Altmark flüchtete.

Viele Jahrzehnte zuvor hatte er am 17.06.1953 seine erste „Gefängniserfahrung“, als er 11-jährig unfreiwillig an der Gefängniserstürmung in Jena teilnahm.



Günter Toepfer

Foto: Dagmar Behrendt

Am 13.08.1961 beschlossen er und ein Freund, aus der DDR zu fliehen. Sie überlegten sich einen Plan, der nicht mit dem Tod in einem Minenfeld enden sollte: Es gab einen Bus der Amerikaner zum russischen Ehrenmal in Treptow, der anschließend nach Westberlin zurückkehrte. In diesem wollten sie mitfahren und fliehen. An der Sektorengrenze würden eventuell die Russen kontrollieren, aber nicht im amerikanischen Bus schießen.

Das Gebiet wurde jedoch von der Stasi observiert, sodass Herr Toepfer dann doch Abstand von diesem Plan genommen hatte. Sein Freund versuchte es nochmal am nächsten Tag, wurde gefasst und gab in Hohenschönhausen den Namen seines Freundes preis.

Der Rechtsanwalt von Herrn Toepfer war Herr Vogel, der aber nie bei ihm im Gefängnis war und sich auch in seinem Prozess

nicht für ihn eingesetzt hat. Wolfgang Vogel spielte später eine zentrale Rolle beim sog. Häftlingsfreikauf und war an der Freilassung von Agenten beteiligt. Der Verkauf politischer Häftlinge an die BRD für Devisen (3,1 Mrd. Westmark insgesamt) begann erst 1964, es wurde nur direkt aus der Haft verkauft und nur bei Haftstrafen von mehr als 2 Jahren.

Während der 192 Tage Isolationshaft in Hohenschönhausen und in der Magdalenenstraße hatte Herr Toepfer keinen anderen Häftling zu Gesicht bekommen. Es gab weder Radio noch TV, keine Zeitung oder Bücher. 16 Stunden am Tag musste er stehend verbringen, durfte sich weder auf die Pritsche setzen noch legen. Dies war unmöglich, da die Pritsche oftmals für die 16 Stunden hochgeklappt und angeschlossen wurde. Er lief die winzige Zelle immer wieder in Tiptopschritten ab, um nicht verrückt zu werden und schaffte so 33 km.

Im kalten Winter 1961/62 hatte er das Gefühl, dass sein Leben bald zu Ende ginge. Er bekam die Ruhr, es gab keine medizinische Versorgung. Es gab nur einen einzigen Besuchstermin für die Mutter – dafür wurde er nach Rummelsburg transportiert, da es das Gefängnis in Hohenschönhausen offiziell nicht gab.

Nach der Isolationshaft wurde er dann auch nach Rummelsburg zur „Nachbehandlung“ gebracht. Hier musste er sich mit 8 weiteren Häftlingen, alles Kriminelle, eine 14 m² kleine Zelle teilen – darunter ein Mörder, ein Totschläger, einer mit offener TBC – evtl. auch ein eingeschleuster Mitarbeiter der Stasi. Seine Ruhrinfektion war zu dem Zeitpunkt überstanden. Er wurde dann vorzeitig aus der Haft entlassen – bekam zwei Jahre auf Bewährung.

Er bewarb sich im Osthafen als Sackkarrenfahrer für Getreide. Der Betrieb wollte sich jedoch nicht mit einem politischen Exhäftling und den damit zusammenhängenden Kontrollen durch die Stasi belasten. Da er nach 14 Tagen keine Arbeit gefunden hatte, wäre er in das Arbeitslager Rüdersdorf gekommen. Sein Hausarzt hat ihn trotz möglicher

Konsequenzen durch die Stasi krankgeschrieben.

Einige Wochen nach Entlassung fand er eine Stelle als Hilfsarbeiter im Zementwerk Rummelsburg.

In den 70er Jahren beendete er sein Bauingenieurstudium. Dies war nicht selbstverständlich, sondern dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass ihn die Universität Weimar versehentlich nur exmatrikuliert hatte - anstatt ihn zu relegieren mit Eintrag in die Kaderakte. In dem Fall wäre ihm jegliche weitere Ausbildung verwehrt worden.

Nach dem Mauerfall machte Herr Toepfer Führungen im Gefängnis Hohenschönhausen und empfand es als große Freude und Zufriedenheit, nun selbst den Schlüssel hierfür in der Hand zu halten.

HALBKREIS am Donnerstag 13.02.2020

Eva-Maria Korte

Von Stefanie Krause



Eva-Maria Korte Foto: Dagmar Behrendt

Die neue Zeitzeugin Frau Korte, geboren 1936, berichtete bei diesem „Halbkreis“ von ihren Erlebnissen während des letzten Kriegshalbjahres in Berlin vom Oktober 1944 bis Mai 1945.

Ihre Eltern, aus Ostpreußen stammend, lebten seit 1934 in Berlin. Die Verwandten in

Ostpreußen wurden jeden Sommer besucht. Als sich 1943 die Fliegerangriffe auf deutsche Großstädte häuften, wurden alle Kinder und Lehrer dort evakuiert (sog. Kinderlandverschickung / KLV-Lager). Kinder unter 10 Jahren wurden meistens mit ihren Müttern verschickt. Frau Korte selbst (damals 7 Jahre) ging mit ihrer Mutter und dem jüngeren Bruder (6 Jahre) nach Ostpreußen zu den Verwandten und dort in eine einklassige Schule. Hier gab es keine Hakenkreuze und keinen „Heil Hitler“- Gruß.

Der Vater blieb in Berlin, er wurde nicht eingezogen, da er als Techniker im Fernsprechamt einen kriegswichtigen Beruf ausübte und bereits im 1. Weltkrieg gedient hatte. Im Oktober 1944 kam die Familie auf Drängen des Vaters nach Berlin zurück. Hier gab es nun keinen Schulunterricht mehr, stattdessen fast jeden Tag und auch nachts Fliegerangriffe. Der Vater arbeitete zu dieser Zeit im Fernsprechamt 17 in Berlin-Mitte (nähe Springer-Gelände), wo die Familie in einer Dienstwohnung lebte. Den Keller hatte der Vater als Luftschutzkeller herrichten lassen.

Alle in der Familie hatten einen kleinen Koffer neben dem Bett stehen. Wenn die Sirenen ertönten, mussten sie sich schnell anziehen, den Koffer greifen und in den Keller laufen. Am 3. Februar 1945 gab es wieder mal Fliegeralarm. Die Angriffe dauerten 3 Tage und 3 Nächte – die Engländer kamen am Tag, die Amerikaner in der Nacht. Berlins Innenstadt wurde total zerstört. Die 7-jährige Eva-Maria durfte erst 3 Tage später mit ihrer 17-jährigen Schwester wieder nach draußen, als keine toten Menschen und Tiere mehr in den Straßen lagen.

Bei einem Bombenangriff am 11.3.1945 fiel in der ganzen Gegend nur eine einzige Bombe. Diese allerdings zerstörte die Dienstwohnung und alle darin befindlichen Sachen der Familie. Der Keller war nun der einzige Platz, an dem sich die Familie in den nächsten Wochen aufhalten konnte.

Da der Vater technischer Beamter bei der Post war, wurden sie nach einiger Zeit in eine

Wohnung im Postamt Bergmannstraße eingewiesen. Dort gab es sogar ein Kinderzimmer mit richtigen Spielsachen. Die Wohnung gehörte jedoch einer evakuierten Familie, so dass Frau Korte und ihre Familie bald erneut umziehen musste - im April 1945 in die leere und verwahrloste Wohnung eines Postangestellten in Tempelhof, der nach Krankheit verstorben war.

Zu dieser Zeit war Berlin sehr umkämpft, es gab viel Flak (Anm.: Flugabwehrkanonen) und Artillerie, viele Einschüsse und zerbrochene Fensterscheiben. Somit musste sich die Familie in den Keller zurückziehen. Zusammen mit zwei weiteren Mietparteien schliefen alle in einem Kellerraum – jeder hatte eine Matratze. Am Tag versuchten die Frauen, etwas zu essen aufzutreiben, um wenigstens eine Suppe für alle zu kochen.

Am 08. Mai 1945 hatten die russischen Truppen Berlin eingenommen, das Naziregime musste kapitulieren, der Krieg war endlich zu Ende. Vor Kriegsende hatte es viele Geschichten über Gräueltaten der Russen gegeben. Viele Menschen hatten Angst. Die ersten Russen, die sie sah, waren Mongolen. Diese wollten vor allem Uhren „Uri, uri“ und verschwanden dann wieder.

Vor allem Frauen und junge Mädchen hatten große Angst vor Vergewaltigungen. Das ist leider auch sehr häufig passiert in diesen Tagen und Wochen. Aber die Familie hatte wieder ein bisschen Glück. Nebenan, zwei Häuser weiter, wurde eine russische Kommandantur eingerichtet. Das bedeutete Schutz für die Bevölkerung: Stehlen und Vergewaltigen wurde streng bestraft, sofern der Kommandant davon erfuhr. Im Hof wurde für die Russen gekocht, und die Kinder bekamen sogar ab und zu Zuckerbrote von ihnen.

Nur der Vater wurde einmal von einem russischen LKW mitgenommen, welcher durch die Straßen fuhr, um vermeintliche Nazis festzunehmen. Nach zwei Tagen kam der Vater zum Glück wieder nach Hause, er war irgendwie entkommen.

In der Zeit der Russen mussten alle ihre Radios abgeben. Der Vater hatte defekte Radios der Nachbarn auf deren Bitte hin versteckt und da er Techniker war, später für sie repariert und ihnen zurückgegeben.

Als im Juni/Juli 1945 die Amerikaner kamen, waren alle erleichtert.

Neue Informations- und Gedenk-Stele im Bezirk Steglitz-Zehlendorf Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der deutschen Sinti und Roma

Von Annegret Ehmman



Gedenk-Stele

Foto: Annegret Ehmman

Am 29. März 2019 um 11:00 Uhr wurde in Steglitz-Zehlendorf, Unter den Eichen 82-84, an einem überregional und lokalgeschichtlich authentischen Ort eine Informationsstele enthüllt, die an die reichsweite rassistische Erfassung, Verfolgung und Ermordung der deutschen Sinti und Roma erinnert. Dort befand sich in der NS-Zeit als eine Abteilung des Reichsgesundheitsamtes die „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische

Forschungsstelle“. Ihre Hauptaufgabe bestand im Erfassen personenbezogener Daten, der Kategorisierung und „Begutachtung“ der deutschen Sinti und Roma.

Initiator und Leiter der Forschungsstelle ab 1936 war der Mediziner und Jugendpsychiater Robert Ritter (1901-1951), ein überzeugter Vertreter der NS-Rassenpolitik und selbsternannter „Zigeunerforscher“.

Gemäß der NS-Rassenideologie galten Sinti und Roma wie Juden als „artfremd“, d.h. nicht zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehörend und wurden ab 1933 mit gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen systematisch entrechtet. 1938 beauftragte der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Forschungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt mit der reichsweiten Registrierung aller Sinti und Roma. Bis 1944 erstellten Ritter und sein Mitarbeiterstab etwa 24.000 „Gutachten“ mit Empfehlungen zur Zwangssterilisation und Deportation. Nach dem „Auschwitzerlass“ Himmlers vom 16. Dezember 1942 begannen ab 1943 die Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Bis Kriegsende wurden 500.000 Sinti und Roma von Deutschen und ihren Kollaborateuren ermordet

Die unmittelbar vor den Olympischen Spielen 1936 im Zwangslager Berlin-Marzahn internierten Berliner Sinti und Roma gehörten zu den ersten „Untersuchungsobjekten“, an denen Ritter und sein Mitarbeiterstab anthropologische Vermessungen (Gesicht, Augen, Körper) vornahmen, ihnen Blutproben entnahmen, von Köpfen Gipsabgüsse erstellten und deren genealogische Daten erfassten. Bei den erzwungenen Untersuchungen kam es vielfach zu Demütigungen und Misshandlungen. Ritters engste Mitarbeiterin in der Forschungsstelle war die Krankenschwester Eva Justin (1909-1966), die ohne ordentliches Studium 1943 mit einer sogenannten „Feldforschungsarbeit“ unter dem Titel „Lebensschicksale artfremd erzeugter Zigeunerkinder und ihrer Nachkommen“ an der Berliner Universität promoviert wurde. Justins Promotion wurde nur durch Robert Ritter als „Doktorvater“ (obwohl dazu nicht berechtigt)

und Protektion weiterer „Prominenter“ möglich. Justins Dissertation beinhaltete die von ihr in wenigen Wochen durchgeführten vorurteilsbehafteten Verhaltensstudien (Geschicklichkeitstest und Gruppenspiele) an 39 Kindern, die ihren Eltern zwangsweise entzogen und dem katholischen Kinderheim St. Josephspflege in Mulfingen (Württemberg) zur Heimerziehung zugewiesen worden waren. Nach Fertigstellung dieser eklatant unwissenschaftlichen „Untersuchung“ wurden die Kinder am 12. Mai 1944 ins „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau deportiert. Nur vier von ihnen überlebten.

Nach 1945 mussten Ritter und Justin sich nicht für ihre Taten verantworten. Ermittlungsverfahren gegen sie wurden „aus Mangel an Beweisen“ eingestellt. Auch andere ehemalige Mitarbeiter*innen setzten ihre Karrieren in öffentlichen Ämtern fort und trugen zur fortgesetzten Diskriminierung sowie der Ablehnung von Entschädigungsansprüchen von Sinti und Roma bei. Auf ihre Anerkennung als Opfer des rassistischen NS-Genozids mussten die überlebenden Sinti und Roma somit anders als die jüdischen Opfer sehr lange warten. Erst 1982 geschah das durch Bundeskanzler Helmut Schmidt, und auch erst, nachdem die Sinti und Roma Bürgerrechtsgruppen für ihre Interessenvertretung gegründet und mit Protestaktionen (Hungerstreik 1980 in Dachau) auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht hatten. In Berlin wurde 1986 auf dem Parkfriedhof Marzahn erstmals ein Gedenkstein für die Opfer des Zwangslagers Marzahn errichtet. 2011 wurde der Open Air-Gedenkort Zwangslager Marzahn eingeweiht, 2012 schließlich nach jahrelangen entwürdigenden Debatten das

Zentrale Mahnmal in Mitte am Reichstagsgebäude.

In den Erinnerungen der überlebenden deutschen Sinti und Roma und ihrer Nachkommen ist die „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ von zentraler Bedeutung für ihre systematische Verfolgung. Wissen über die Verfolgungsgeschichte dieser Minderheit ist in der Mehrheitsbevölkerung noch immer gering, alte Vorurteile bestehen weiter. Mit der neuen Stele in Zehlendorf wird der historische Zusammenhang der in Berlin bereits bestehenden Orte der Erinnerung an Verfolgung und Leiden der Sinti und Roma hergestellt. Deshalb ist die neue Stele so wichtig.

Wenig rühmlich ist die Vorgeschichte. Ein bereits 2016 in der BVV Steglitz-Zehlendorf beschlossener Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung dieser Stele blieb fast ein Jahr infolge eines „Büroversehens“, so die Auskunft, liegen, und es bedurfte etlicher Interventionen des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. und der Vorsitzenden, Petra Rosenberg, dass es weiterging. Einladungen zur Enthüllung der Stele wurden zwar vom Kulturamt gedruckt, aber nicht verschickt. Die Bezirksbürgermeisterin erschien nicht. Auch ein „Büroversehen“? Zum Enthüllungsakt waren dennoch viele versammelt und der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, konnte als Hauptredner gewonnen werden.

Die Stele ist durch Sprayer schon beschädigt, immerhin hat das Bezirksamt die Reinigung in Auftrag gegeben.

In eigener Sache

Mitgliederversammlung

Die jährliche Mitgliederversammlung ist turnusgemäß für den 25. Mai 2020 anberaumt. Sollte zum geplanten Termin eine anhaltend hohe Gefährdungslage durch den Coronavirus bestehen, kann es zu einer Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt kommen. Alle Mitglieder der Zeitzeugenbörse werden benachrichtigt.
Der Vorstand der Zeitzeugenbörse

Liebe Freundinnen und Freunde der ZeitZeugenBörse!

Im Interesse der Gesundheit unserer Zeitzeuginnen und Zeitzeugen hat der Vorstand auf Grund der derzeitigen Corona-Pandemie am 16.3.2020 beschlossen, unsere Vermittlungstätigkeit ab sofort vorläufig auszusetzen. Als Ausnahmen gelten lediglich Vermittlungen, die keinen direkten persönlichen Kontakt erfordern. Die für März und April geplanten Veranstaltungen in der Landeszentrale für politische Bildung Berlin finden nicht statt.

Unser Büro ist nur sehr eingeschränkt besetzt, E-Mails werden aber gelesen. Wir bitten um Ihr Verständnis und werden Sie an dieser Stelle über die Wiederaufnahme unseres gewohnten Services informieren.

Bis dahin hoffen wir, dass Sie gesund bleiben!

Jens Fischer, Jens Splettstöhser, Vorstand ZeitZeugenBörse e.V.

Zeitzeugen gesucht

Nr. 52/20: Das UNIONHILFSWERK feiert im kommenden Jahr Jubiläum und möchte aus diesem Anlass eine Publikation herausgeben, die sich mit der Geschichte des Trägers befasst. Es unterhielt in den 50er Jahren zu einem Verein 4 Flüchtlingseinrichtungen für Vertriebene und Kriegsheimkehrer:

Benschallee 6, 14163 Berlin (15. Juli 1950 – März 1960)

Friedelstraße 40, 12047 Berlin (1. März 1952–30. Juni 1962)

Harzer Straße 39, 12059 Berlin (1. April 1952 – 1. April 1954)

Kaiserdamm 86, 14057 Berlin (ab 1. November 1955, Schließung unklar)

(Die PLZ entsprechen den aktuellen PLZ)

Für diesen Abschnitt der UNIONHILFSWERK-Geschichte werden nun Zeitzeugen, die möglicherweise in einer der Einrichtungen untergebracht waren oder vielleicht auch in der Nähe gewohnt und Kontakt mit den Bewohnern oder Helfern hatten.

Bitte melden Sie sich bei Ulrike Freybe Tel.: (030) 422 65 – 808."

Nr. 59/20: Der RBB fragt nach Zeitzeugen, die schon Quarantäne-Erfahrungen haben und möchte wissen, wie sie das mit den heutigen Einschränkungen erleben.

„Ein Dreh für die rbb Abendschau wäre diesmal natürlich anders als sonst, wir bleiben auf 2 Meter Distanz, können ein Interview mit langem Mikro am Fenster machen oder an der Haustür. Jegliche Vorsichtsmaßnahme gehen wir ein.“ RBB

Tool für ein Podcast

Experimentierfreudigen oder einschlägig versierten Zeitzeug*en eröffnet das ZDF derzeit die Möglichkeit, mit einem Tool - sozusagen einem digitalen „Werkzeug“ - ihre eigene Geschichte zum Thema „Meine Wendezeit“ als Podcast aufzunehmen und hochzuladen (<https://meinewende.zdf.de>.) Zum 3. Oktober 2020 sollen daraus, mit Zeitzeug*en, die einverstanden sind, kurze Filme werden. Wortbeiträge per Telefon sind ebenfalls willkommen. Kontakt Christian Weiler, 06131-5533385 oder weiler.ch@zdf-digital.com. In mancher Familie könnte daraus vielleicht ein Mehr-Generationen-Projekt entstehen.

🌸🌸🌸🌸🌸🌸 Gratulationen 🌸🌸🌸🌸🌸🌸

Wir gratulieren allen im April geborenen Zeitzeuginnen, Zeitzeugen und Mitarbeitern

06.04. Gertrud Achinger, 06.04. Hartmut Topf, 06.04. Klaus Doil, 07.04. Manfred Roseneit, 07.04. Horst Schütze, 13.04. Irmgard Peters, 14.04. Elisabeth Schmidt, 18.04. Günter Böhm, 18.04. Alexander Latotzky, 23.04. Jens Splettstöhser, 23.04. Klaus Peschke, 30.04. Charlotte Oberberg,

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

V.i.S.d.P: Jens Fischer, Redaktion: Eva Geffers, Lektorat und Layout: Margot Schmezer
ZeitZeugenBörse e.V., Togostr. 74, 13351 Berlin, ☎ 030-44046378, FAX: 030-44046379

Mail: info@zeitzeugenboerse.de – www.zeitzeugenboerse.de

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 – 13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE83 1002 0500 0003 3407 01

Typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22

16816 NEURUPPIN/OT BUSKOW

☎ 033915109095, FAX: 030-28387568, Mail: info@bodoni.org

Die ZeitZeugenBörse e.V. wird gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales